

Original : AY 10

Kopien : BRF JAC DD KJP SIN RUE GRN DY KT ER LA PB SRU
AJ MA SFR FN AX WOK CFR WI GWB GH RAE

Kopie nach Kenntnisnahme vertraulich vernichten !

berlin/DDR 10.11.1989 16.45 uhr

0073 nnnhh

pb nr. 11 - b/zw / 10.11.1989 v e r t r a u l i c h

kopien gingen per radio an Bonn und Moskau
bitte um weiterleitung auch an Botschafter Arioli und Corti,
Bawi, sowie an Bundesamt fuer Auslaenderfragen

DDR: die Wende im Eiltempo

die ereignisse in der DDR ueberschlugen sich. gestern abend liess der Ministerrat mitteilen, dass ab sofort und bis zum Inkrafttreten neuer gesetzlicher Regelungen Privatreisen nach dem Ausland 'ohne Vorliegen von Voraussetzungen (Reiseanlasse und Verwandtschaftsverhaeltnisse)' beantragt werden koennen, und dass Genehmigungen 'kurzfristig' bewilligt wuerden. dasselbe gelte fuer staendige Ausreisen. schon um 21.00 uhr fanden sich an verschiedenen Grenzuebergangen in Berlin hunderte von schaulustigen ein und versuchten, auch ohne Visum die Grenze zu ueberqueren. als der Druck zu gross wurde, liessen die Grenzer die Menschen freipassieren. wie ich nach Mitternacht an den uebergangsstellen Bornholmer-, Invaliden- und Friedrichstrasse (Checkpoint Charly) feststellen konnte, waren die Verhaeltnisse chaotisch geworden. es herrschte eine ungeheure Aufbruchstimmung. die mehrheitlich jungen Leute fuehlten sich ploetzlich und wie durch ein Wunder befreit. ich selbst sah nur eine Familie, die die Gelegenheit zur offenbar staendigen Ausreise benutzte. heute vormittag versuchten die Grenzer, die uebergange wieder zu kontrollieren, das heisst sie verlangten Pass und Visum. der Versuch war aber nur von kurzer Dauer. bis Montag abend koennen die DDR-Buerger daher visumsfrei, d.h. nur mit Vorzeigen des Personal Ausweises, nach Westberlin gehen.

der eingangs erwahnte entscheidung war ohne zweifel eine flucht nach vorne. am 2.11.89 hatte der Ministerrat den entwurf eines neuen reise- und ausreisegesetzes zur oeffentlichen diskussion gestellt. der entwurf fiel aber bei dieser 'vernehmlassung' voellig durch und wurde vom rechtsausschuss der volksskammer zurueckgewiesen. es war offensichtlich geworden, dass nur noch die volle reise- und ausreisefreiheit akzeptiert wuerde. mit der uebergangsregelung will die regierung nun offensichtlich den zunehmenden druck auffangen und gleichzeitig die taeglichen sensationsmeldungen der westlichen massenmedien ueber den exodus via die CSSR zum verschwinden bringen.

. / .

Kopien gingen an:

- Bawi
- Bfa
- ejpd/hrrn Loretan

11.11.1989

09.30.

-o- fz



die brd und westberlin werden damit in erhebliche schwierigkeiten geraten, denn nun kommen die ddr-buerger nicht mehr nur ueber eine oder zwei grenzuebergangsstellen, sondern sozusagen auf breiter front. es koennen nicht mehr sonderzuege organisiert und massenempfangsstellen eingerichtet werden. besucher und uebersiedler werden in grosser zahl das "begruessungsgeld" der brd einfordern und auch soziale dienste in anspruch nehmen. ob die ausreise bzw. uebersiedlung nun

zurueckgeht, bleibt abzuwarten. vermutlich wird der spontane und haeufig auch emotional bedingte exodus etwas zurueckgehen.

laengerfristig wird die uebersiedlung jedoch nur gebremst, aber nicht gestoppt werden koennen.

das wirtschaftsgefuelle zwischen den beiden laendern wird selbst bei radikal en wirtschaftsreformen der ddr waehrend laengerer zeit bestehen bleiben. die brd wird sich kaum dazu bequem en, die ddr-staatsbuergerschaft anzuerkennen. allenfalls wird sie von der bevoelkerung allmaehlich gezwungen werden, die privilegien fuer uebersiedler abzubauen.

die wende, die am 18. oktober 1989 vom neuen sed-partei chef krenz angekuendigt worden ist, vollzieht sich in geradezu atemberaubendem tempo. dahinter steht aber nicht sosehr der politische wille der neuen fuehrung, sondern der druck des volkes, welcher sich in den letzten wochen in unzuehligen disziplinierten grossdemonstrationen manifestiert hat. entscheidend ist auch der ungebremste exodus via ungar n und neuestens via die cssr gewesen.

in der woche vom 18. oktober wurde die medienlandschaft schlagartig veraendert. die ungeahnte freimuetigkeit der massenmedien hat die staats- und parteifuehrung zusaetzlich unter druck gebracht.

die vielen massenveranstaltungen und demonstationen, fuer die meist ueberhaupt keine bewilligung eingeholt worden ist, zeigen, dass sich das volk eine art versammlungsfreiheit erzwingen hat. es gilt auch schon als sicher, dass die oppositionsgruppe neues forum als politische organisation zugelassen werden wird. die regierung ist im uebrigen beauftragt, der volksskammer ein neues vereinigungsgesetz vorzulegen.

die zahlreichen gruppierungen, die in letzter zeit entstanden sind, koennen nicht als kraftvolle opposition angesehen werden. dagegen verlangen inzwischen einzelne der sogenannten blockparteien (cdu, ldpd, nppd) gleichberechtigung mit der sed. bei den demonstationen wird auch haeufig die abschaffung des machtm onopols der sed verlangt. die tage der verfassungsmaessig festgesetzten und institutionell garantierten vormacht der sed duerften gezuehlt sein. es ist auch schon jetzt eine zunehmende trennung von partei und regierungsmacht festzustellen.

einer der kernpunkte der oeffentlich vorgetragenen forderungen sind freie wahlen. freie, demokratische, geheime und in allen phasen oeffentlich kontrollierbare wahlen hat das zentralkomitee der sed bereits zugestanden. wahlen in die volksskammer werden denn auch ohne zweifel bereits zu beginn des naechsten jahres stattfinden muessen.

es ist zu erwarten, dass diese dem in ungarland vorgesehenen modell sehr aehnlich sein werden.

die sed hat in den vergangenen wochen einen unerhoerten vertrauensschwund erlitten. die fuehrung ist sich dessen bewusst und gibt dies auch offen zu. sie versucht ihn durch eine neue offenheit sowie durch personal- und wirtschaftspolitische massnahmen zu beheben. vorgestern ist ein stark reduziertes und auch verjuengtes politbuero gewaehlt worden (wobei 2 mitglieder und 2 kandidaten bereits wieder ausgeschieden sind, weil ihre bezirks- und kreisparteiorganisationen ihnen das vertrauen entzogen haben). der minister-rat ist in corpore zurueckgetreten. an die stelle des langjaehrigen vorsitzenden willi stoph wird am montag der als reformer geltende hans modrow gewaehlt werden. er wird vermutlich spaeter eine ebenfalls stark verkleinerte regierung vorschlagen.

seit vorgestern tagt das zentralkomitee der sed. heute wird es ein aktionsprogramm beschliessen, das u.a. die wirtschaftspolitischen leitlinien der sed (wie sie hauptsaechlich von modrow skizziert worden sind) enthalten wird. das zk hat auch bereits fuer den 15.-17.12.1989 eine parteikonferenz einberufen, die sich vor allem mit politischen sachenfragen zu befassen haben wird. die partei braucht aber dringend auch ein neues zentralkomitee. laut parteistatuten kann es nur von einem parteitag, nicht von einer parteikonferenz gewaehlt werden. auf der tagesordnung der parteikonferenz steht aber bereits das traktandum 'veraenderungen in der zusammensetzung des zk und der zentralen revisionskommission'.

bei in- und auslaendischen beobachtern besteht hier kein zweifel, dass die wende nicht mehr rueckgaengig gemacht werden kann. im unterschied zur sowjetunion ist diese nicht von oben bestimmt, sondern von unten erkaempft worden. es ist auch darauf hinzuweisen, dass die themen 'abschaffung des sozialismus' und 'wiedervereinigung' in den oeffentlichen debatten und demonstrationen ueberhaupt keine rolle spielen (die uebersiedler werden da meist anderer meinung gewesen sein). man will einen modernen und demokratischen, von den fesseln des stalinismus befreiten sozialismus. wirtschaftlich quert die abbau der zentralen planung im vordergrund stehen. f. birrer.

ambasuisse